Malaysia wirft Myanmar „Völkermord“ vor

5. Dezember 2016

Myanmar (KNA) – Die muslimische Minderheit der Rohingya wird in Myanmar ausgegrenzt und verfolgt. Nun gab es im nahegelegenen Malaysia einen große Demonstration mit Tausenden Teilnehmern. Dabei warf Regierungschef Najib der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi „Völkermord“ vor.

Malaysia hat der Führung des südostasiatischen Staates Myanmar „Völkermord“ an der Volksgruppe der Rohingya vorgeworfen und dessen Beendigung gefordert. Bei einer Rede vor mehreren tausend Anhängern in der Hauptstadt Kuala Lumpur griff der malaysische Regierungschef Najib Razak insbesondere die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi an. Sie führt als Außenministerin und Leiterin des Präsidialamtes in Myanmar faktisch die Regierungsgeschäfte.

„Was hat es für einen Nutzen, wenn Aung San Suu Kyi den Nobelpreis hat?“, fragte Najib die aufgebrachte Menge. „Wir sagen Aung San Suu Kyi: genug ist genug. Wir werden die Muslime und den Islam verteidigen.“ Der Regierungschef forderte, die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit und die Vereinten Nationen müssten sich verstärkt einschalten. „Die Welt kann nicht zusehen, wie ein Völkermord verübt wird.“

Ausgeschlossen und vertrieben

Die muslimische Minderheit der Rohingya lebt zwar seit Generationen im vornehmlich buddhistischen Myanmar, ist aber bisher von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Viele Betroffene wurden aus ihren Dörfern vertrieben und leben in bewachten Lagern oder sind in Nachbarländer geflohen. Allein nach Bangladesch flohen in den vergangenen Wochen mehr als 10.000 Rohingya.

Zuletzt spitzte sich die Lage zu: Die Behörden in Myanmar machten Rohingya für einen Überfall auf Grenzpolizisten Anfang November mit neun Toten verantwortlich. Die Armee riegelte daraufhin die Region an der Grenze zu Bangladesch ab. Menschenrechtler sagen, dass Hunderte Häuser von Rohingya niedergebrannt wurden. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan ist auf Einladung von Suu Kyi zurzeit in der Region, um sich ein Bild zu machen.

Botschafter einbestellt

Wegen dieser Entwicklungen hat sich die Kritik an Myanmar im mehrheitlich muslimischen Malaysia in den vergangenen Monaten verstärkt. Vor wenigen Wochen wurde der Botschafter Myanmars einbestellt. Regierungschef Najib kann den Einsatz für die Rohingya allerdings auch nutzen, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Er steht wegen unterschlagener Gelder aus einem malaysischen Staatsfonds unter Druck. Vor gut zwei Wochen hatten Tausende Demonstranten seinen Rücktritt gefordert.

Stand: 25. November 2026